



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETE

ANNE FRANKE

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sprecherin für Forschungs- und Friedenspolitik

Mitglied in den Ausschüssen Europa und Petitionen

Abgeordnete Anne Franke ⊕ Maximilianeum ⊕ 81627 München

Maximilianeum

81627 München

Telefon 089 41 26 - 2728

Telefax 089 41 26 - 1494

anne.franke@gruene-fraktion-bayern.de

Mitarbeiterinnen

Dr. Heike Mayer

heike.mayer@gruene-fraktion-bayern.de

Mona Paradiak

mona.paradiak@gruene-fraktion-bayern.de

München, den 25.5.2020

Pressemitteilung

Schilda statt Naturschutz im Aubachtal

Anne Franke empört über Einfalt und Ahnungslosigkeit der Regierung von Oberbayern beim Kiebitzschutz am Rande des Aubachtals in Hechendorf. Sie fordert Konsequenzen für künftige ökologische Ausgleichsmaßnahmen und eine erneute Prüfung des Sachverhaltes.

Die Stockdorfer Landtagsabgeordnete der Grünen, Anne Franke findet es skandalös, wie sich die Regierung von Oberbayern bei den Ausgleichsmaßnahmen im Aubachtal vorführen hat lassen. „Entweder haben sich die Behörden hier komplett an der Nase herumführen lassen oder die Überwachung von Ausgleichsmaßnahmen hat einen geringen Stellenwert – beides ist aus meiner Sicht ein Skandal.“

Alarmiert durch die von der Starnberger Kreisgruppe des Bund Naturschutzes publik gemachte Bedrohung der Kiebitz-Population im Aubachtal, hat **Franke** in einer *Anfrage zum Plenum (AzP)* nachgefragt, warum die dort vorgesehene finanzielle Ausgleichsmaßnahme nie beim Grundbesitzer bzw. Pächter des Areals ankam – und die stark gefährdete Vogelart dieses Jahr ihre dortige Heimat verloren hat.

Die Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz ist aus **Frankes** Sicht „hanebüchen“. Laut Ministerium wurden die Maßnahmen damals mit dem Fachgutachter des Bauherrn vor Ort abgestimmt, weshalb die Regierung davon ausgegangen sei, dass der Bauherr über die Fläche verfügen könne – eine Fehleinschätzung wie sich später herausstellen sollte. Denn im Nachhinein habe sich herausgestellt, dass „der Bauherr nicht Eigentümer der Fläche

[war] und auch keinen Vertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen [hatte], der ihn berechtigen würde, die Maßnahmen auf der Fläche umzusetzen.“

„Wie kann es sein, dass es in diesem Fall zu keiner Überprüfung kam und erst über 10 Jahre später herauskommt, dass die vereinbarten Ausgleichsmaßnahmen gar nicht umgesetzt werden konnten?“, fragt sich **Anne Franke**.

Sie fordert nun Konsequenzen: „Ein Fall wie dieser darf nicht passieren. Angesichts des nach wie vor riesigen Flächenverbrauches in Bayern, ist die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen ein nicht zu unterschätzender ökologischer Beitrag für Bayerns Natur. Ihre Umsetzung muss daher konsequent überwacht, durchgesetzt und ihre Missachtung geahndet werden!“

Franke wird gemeinsam mit dem Bund Naturschutz genau verfolgen, ob den in der AzP angekündigten „Bemühungen“ der Behörden, für die nächste Brutsaison Ersatzflächen bereitzustellen, auch Taten folgen.